

Wer wählt islamistische Parteien und warum?

Miquel Pellicer und Eva Wegner

Ende Oktober 2014 fanden in Tunesien Parlamentswahlen statt. Die islamistische Ennahda-Partei, die noch bei den Wahlen im Jahr 2011 die meisten Stimmen von den Wählern bekommen hatte, ist nun lediglich die zweite Kraft im Parlament. Dies zeigt, dass auch die Wähler islamistischer Parteien im Fall ausbleibender konkreter Verbesserungen diese Parteien abstrafen.

Analyse

Wähler islamistischer Parteien werden oft als arm und leicht manipulierbar dargestellt, die ihre Stimme gegen die sozialen Dienstleistungen islamistischer Wohlfahrtsorganisationen eintauschten. Umfragen zufolge hat die Unterstützung islamistischer Parteien primär jedoch keinen klientelistischen Charakter. Sogar in Ländern, in denen Islamisten mit sozialen Diensten viele Menschen unterstützen, sind ihre Wähler nicht weniger gebildet oder häufiger arbeitslos als Wähler anderer, etwa „säkularer“ Parteien. Außerdem teilen islamistische Wähler zentrale Punkte islamistischer Parteiprogrammatik, was für ihre inhaltliche politische Mobilisierung spricht.

- Ob Parteien eher aus klientelistischen oder aus programmatischen Gründen gewählt werden, beeinflusst stark, in welcher Art sie ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig sind.
- Daten von Meinungsumfragen zeigen, dass sich die Wertvorstellungen islamistischer Wähler in vielen Punkten mit der Programmatik islamistischer Parteien decken. Dies betrifft z.B. eine konservative Einstellung in gesellschaftlichen Fragen wie der Gleichstellung der Geschlechter oder der Akzeptanz von Homosexualität und die Verurteilung von Korruption.
- Trotz der Umbrüche im „Arabischen Frühling“ haben islamistische Parteien in vielen Ländern keinen nennenswerten Einfluss auf politische Entscheidungen. In Meinungsumfragen von 2011 bis 2013 standen die Wähler islamistischer Parteien noch für die Wählergruppe, für die Politik und Demokratie am wichtigsten waren. Die autoritäre Konsolidierung in den meisten arabischen Ländern kann jetzt zu ihrer Entfremdung von institutioneller Politik oder sogar zu Radikalisierung führen.

Schlagwörter: Arabischer Frühling, islamistische Parteien, Wähler, Klientelismus

Typische Darstellungen islamistischer Wähler

Ende Oktober 2014 fanden in Tunesien die zweiten demokratischen Wahlen seit dem Sturz des autoritär herrschenden Präsidenten Zine El-Abidine Ben Ali statt. Die islamistische Ennahda-Partei, die bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2011 mit 37 Prozent der Sitze die bei weitem stärkste Partei geworden war (die nächste Partei erreichte lediglich neun Prozent), wurde diesmal lediglich die zweitstärkste Kraft. Sie verlor ein gutes Drittel ihrer Stimmen und zwanzig Sitze im Parlament.

Diese Wählerwanderung belegt, dass – zumindest in Tunesien – Wähler keine blinden Anhänger islamistischer Parteien sind. Sie erwarten vielmehr konkrete wirtschaftliche und soziale Veränderungen, andernfalls ziehen sie die Partei zur Rechenschaft und entziehen ihre Stimme. Dass Parteien für fehlende Verbesserungen bei Wahlen zur Verantwortung gezogen werden, ist an sich nicht überraschend. Allerdings werden islamistische Parteien wegen der religiösen Ideologie noch immer oft als Sonderkategorie betrachtet.

Das soziale Profil und die Erwartungen islamistischer Wähler blieben in einer stark elitenzentrierten Forschung bis vor kurzem eher unbeachtet. Stattdessen hat sich die Forschung zum politischen Islam lange Zeit hauptsächlich auf dessen Ideologie konzentriert. Die Frage seiner Kompatibilität mit westlicher Demokratie stand im Vordergrund und wurde mit einer Mischung aus Koranexegese und Studien zu islamistischem Propagandamaterial beantwortet. Die Gründe, warum islamistische Parteien gewählt werden, blieben dagegen, abgesehen von Hinweisen auf das Versagen arabischer Staaten im Hinblick auf die Versorgung ihrer Bevölkerung mit öffentlichen Gütern oder auf die glaubwürdige Oppositionsrolle der Islamisten, eher unterbelichtet.

Die entscheidende Frage hinsichtlich des Wählerprofils islamistischer Parteien ist jedoch, ob sie eher aus klientelistischen oder aus programmatischen Gründen gewählt werden, d.h. in welcher Art Islamisten ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig sind. In der Forschung existieren zwei gegensätzliche Auffassungen der Unterstützer islamistischer Parteien – mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen für eine Einschätzung des langfristigen Abschneidens islamistischer Parteien in (demokratischen) Wahlen.

Eine Richtung, die auch die Beschreibung in vielen Medien dominiert, charakterisiert islamis-

tische Wähler als leicht manipulierbare, relativ arme, wenig gebildete Teile der Bevölkerung, die mit islamistischen Organisationen in einem klientelistischen Verhältnis stehen. Die Grundannahme dieser Sichtweise lautet, dass die sozialen Dienstleistungen islamistischer Organisationen – Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Hilfe und die Versorgung mit Arbeitsplätzen – mit Wählerstimmen bezahlt werden (Toth 2003; Fuller 2003). Demnach bestehen letztlich keine Erwartungen an islamistische Parteien, eine bestimmte Politik umzusetzen, da sich die Rechenschaftspflicht nicht über die Erfüllung von Wahlversprechen, sondern über das Erbringen sozialer Dienstleistungen realisiert. Islamistische Regierungen hätten *carte blanche* was ihre Politik und Regierungsbilanz anbelangt, solange sie die sozialen Dienstleistungen aufrecht erhalten.

Eine zweite Darstellung sieht die Wähler islamistischer Parteien vorrangig in der Mittelschicht verankert. Die Rekrutierung von Unterstützern erfolgt demzufolge nicht vertikal, wie in klientelistischen Verhältnissen, sondern horizontal (Clark 2004). Demnach suchen Islamisten Unterstützung in Bevölkerungsgruppen, die ihnen in ihrer sozioökonomischen Zusammensetzung ähnlich sind. Studien haben das hohe Bildungsniveau vieler islamistischer Kader und Politiker dokumentiert. El-Said und Rauch (im Erscheinen) haben dies für die jordanische Islamische Aktionsfront nachgewiesen, Pellicer und Wegner (im Erscheinen) für die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung in Marokko. Demzufolge kommen Unterstützer vorwiegend aus gebildeten Bevölkerungsschichten, deren gesellschaftliche Aufstiegsmobilität aber durch die Netzwerke etablierter Regimeeliten blockiert ist. Solche Gruppen leiden besonders stark unter der Korruption, deren Bekämpfung oft ein zentrales Wahlkampfthema islamistischer Parteien ist. Neben den zu erwartenden sozialkonservativen Forderungen islamistischer Parteien erhoffen sich deren Wähler also vorrangig eine Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft.

Das soziale Profil islamistischer Wähler

Verschiedene Studien haben sich in den letzten Jahren mit dem Wählerprofil islamistischer Parteien beschäftigt. Diese beginnende Wahlforschung stützt sich dabei zum einen auf die Auswertung von

Wählerdaten und zum anderen auf eine wachsende Anzahl von Meinungsumfragen. Ein erster Typus von Studien nähert sich dem Profil islamistischer Wähler über eine Analyse von deren sozialem Profil an, wobei sie sich besonders auf den Bildungsgrad und sozioökonomischen Hintergrund konzentrieren. Der Kerngedanke ist, dass ärmere und bildungsferne Wähler erwiesenermaßen anfälliger für Klientelismus sind als ökonomisch besser gestellte und gebildete. Eine hohe Zustimmung bei armen Wählern lässt daher auf ein klientelistisches Profil einer Partei schließen. Eine andere Richtung von Studien untersucht hingegen die gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen islamistischer Wähler und fragt, inwieweit diese mit den Wahlprogrammen der Parteien übereinstimmen und was die Wähler islamistischer Parteien von den Wählern anderer Parteien unterscheidet.

Studien des Wählerprofils konzentrieren sich bislang auf Wahldaten. Sie evaluieren das sozioökonomische Profil von Wahlkreisen, in denen islamistische Parteien besonders erfolgreich sind. Dabei kommen sie länderspezifisch zu unterschiedlichen Ergebnissen. Elsayyad und Hanafi (2014) schlussfolgern in ihrer Studie der ägyptischen Parlamentswahlen von 2011 und 2012, dass Bildung und Wählerstimmen für Islamisten in einem negativen Verhältnis stehen, d.h., dass die Zustimmung zu Islamisten in bildungsfernen Wahldistrikten zunimmt. Die Autoren erklären dieses Resultat mit der Indoktrinierung über Moscheen. In Marokko und Tunesien kommen Studien mittels derselben Methode hingegen zum umgekehrten Ergebnis und stellen einen positiven Zusammenhang zwischen Bildung und Wählerstimmen für Islamisten fest (Pellicer und Wegner 2014 für die Wahlen in Marokko von 2002 und 2007; Gana, Hamme und Rebah 2012 für die Wahlen in Tunesien 2011). Somit ließe sich auf ein tendenziell klientelistisches Profil in Ägypten, nicht aber in Marokko und Tunesien schließen.

Allerdings treffen diese Studien ihre Aussagen auf der Grundlage von Wahlkreisen, nicht von individuellem Wahlverhalten. Mit anderen Worten, Erkenntnisse werden aufgrund durchschnittlicher Charakteristika eines Wahlkreises gewonnen, ohne dass man weiß, welche Bevölkerungsteile des Wahlkreises letztlich islamistische Parteien gewählt haben. Vor allem bei einer geringen Wahlbeteiligung, wie sie in den genannten Ländern die Regel ist, ist es durchaus möglich, dass beispielsweise in einem Wahlkreis mit niedrigem

Bildungsniveau vor allem die gebildeten Wähler wählen gehen, was das Ergebnis der genannten Studien verzerren würde. Solche Verzerrungen sind umso wahrscheinlicher, je größer die Wahlkreise sind. So basiert die ägyptische Studie nur auf 48 durchaus heterogenen Wahlkreisen.

Islamistische Wähler: höherer Bildungsstand und größeres politisches Interesse

Der *World Values Survey* ist eine repräsentative Meinungsumfrage, die seit den 1990er Jahren Einstellungen und Werte in vielen Ländern der Welt abfragt. Auch in einigen arabischen Ländern wie in Marokko und Ägypten wurde sie wiederholt durchgeführt. In der letzten Runde der im Jahr 2014 publizierten Daten kamen neue Länder wie beispielsweise Tunesien und der Jemen hinzu. Diese Umfragen ermitteln auch den sozioökonomischen Hintergrund der Teilnehmenden und deren Identifizierung mit Parteien. Mit Hilfe der beiden Wählerattribute „Bildungsniveau“ und „politisches Interesse“ lässt sich die Plausibilität der beiden Theorien zum Wählerprofil islamistischer Parteien überprüfen. So wären bei der klientelistischen Variante ein geringerer Bildungsgrad und geringeres politisches Interesse zu erwarten als bei anderen Wählergruppen, während die „Mittelklasse-Theorie“ davon ausgeht, dass die Wähler islamistischer Parteien ein höheres Bildungsniveau und größeres politische Interesse aufweisen.

Tabelle 1 zeigt die Rate der Befragten mit einem höheren Schulabschluss sowie die Rate der Befragten, die starkes politisches Interesse äußern, für drei verschiedene Gruppen:

1. für die Wähler islamistischer Parteien,
2. für die Wähler anderer Parteien und
3. für die Nichtwähler, die in den meisten Ländern die größte Gruppe bilden.

Die Daten verdeutlichen, dass es in Bezug auf das Verhältnis von Bildungsniveau und der Unterstützung islamistischer Parteien zwei Gruppen von Ländern gibt: In einer ersten Gruppe, bestehend aus Algerien, Jemen und Marokko, haben die Wähler islamistischer Parteien ein höheres Bildungsniveau als andere Wählergruppen. Am deutlichsten ist der Unterschied zwischen Islamisten und Nichtwählern dabei in Marokko. Hier verfügt fast ein Drittel der Unterstützer islamistischer Parteien über einen höheren Schulabschluss,

während dies bei den Nichtwählern nur neun Prozent sind.

In einer zweiten Gruppe von Ländern wie Ägypten, Jordanien, Palästina und Tunesien besteht hingegen kein wesentlicher Unterschied im Bildungsniveau verschiedener Wählergruppen, auch wenn islamistische Wähler tendenziell ein

größere Teile der armen Bevölkerung zu mobilisieren. Bei den Daten in Tabelle 1 fällt in der Tat auf, dass insgesamt in Ländern mit großen sozialen Netzwerken der Islamisten weniger Unterschiede zwischen Wählern islamistischer und anderer Parteien auftreten als in Ländern mit kleineren Organisationen.

Tabelle 1: Wählerverhalten, Bildungsstand und politisches Interesse

	Wähler islamistischer Parteien	Wähler anderer Parteien	Nichtwähler	Wähler islamistischer Parteien	Wähler anderer Parteien	Nichtwähler
	höherer Schulabschluss			starkes politisches Interesse		
Algerien	0,47	0,35	0,42	0,36	0,36	0,24
Jemen	0,34	0,20	0,23	0,72	0,49	0,41
Marokko	0,29	0,24	0,09	0,56	0,45	0,13
Ägypten	0,32	0,30	0,24	0,74	0,71	0,17
Jordanien	0,41	0,39	0,38	0,66	0,63	0,43
Palästina	0,55	0,56		0,71	0,58	
Tunesien	0,24	0,24	0,25	0,59	0,5	0,30
Insgesamt	0,37	0,33	0,26	0,61	0,54	0,27

Quelle: World Values Survey, Angaben in Prozent (Berechnung der Autoren).

geringfügig höheres Bildungsniveau als andere Gruppen aufweisen.

In allen genannten Ländern zeichnen sich islamistische Wähler jedoch durch ein besonders starkes politisches Interesse aus. Dieses zeigt sich in den meisten Ländern sehr deutlich insbesondere im Verhältnis zu Nichtwählern. Aber auch im Vergleich zu Wählern anderer Parteien besteht in den meisten Ländern ein deutlicher Unterschied.

Diese Daten widersprechen dem Bild der armen, leicht manipulierbaren Wähler islamistischer Parteien, da sich islamistische Wähler in einigen Ländern nicht besonders von den Wählern anderer Parteien unterscheiden: Wo Unterschiede zwischen Wählern islamistischer Parteien und anderen Wähler bestehen, weisen erstere ein *höheres* Bildungsniveau und ein *größeres* politisches Interesse auf. Insgesamt verläuft in den analysierten Ländern der Graben in Bezug auf den Bildungsstand und das politische Interesse jedoch vorrangig zwischen Wählern und Nichtwählern.

Ein möglicher Einwand gegen diese Schlussfolgerung wäre, dass das klientelistische Wählerargument nur für Länder gelten kann, in denen islamistische Parteien auch große Wohlfahrtsapparate besitzen, wie in Ägypten, Jordanien und Palästina. Wenn Islamisten hingegen weniger zu verteilen haben – wie in Marokko und Algerien –, wäre es naturgemäß schwieriger,

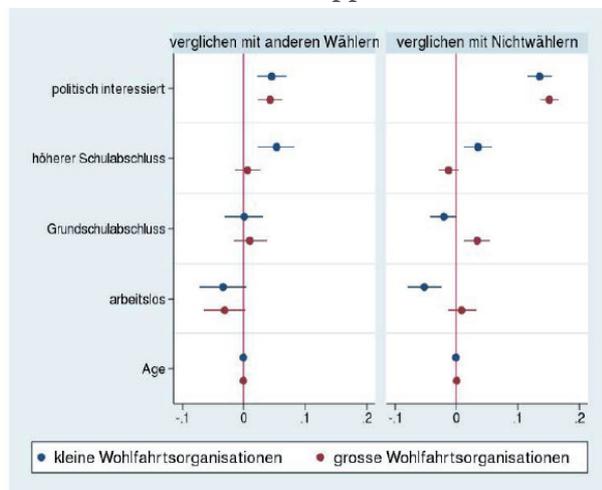
Abbildung 1 zeigt deshalb eine differenziertere Analyse des Profils islamistischer Wähler, in der Länder in zwei Gruppen anhand der Größe des islamistischen Wohlfahrtsapparates unterteilt sind. Die Gruppe mit relativ schwachen Wohltätigkeitsorganisationen (blaue Punkte) besteht aus den Maghreb-Staaten sowie Jemen. Eine zweite Ländergruppe, in denen islamistische Parteien oft in Personalunion mit großen Wohlfahrtsorganisationen zusammenarbeiten, besteht aus Ägypten, Jordanien und Palästina (rote Punkte).¹ Die Abbildung zeigt jeweils politisches Interesse, Niveau des Schulabschlusses, Arbeitslosigkeit und Alter von islamistischen Wählern relativ zu den Wählern anderer Parteien (linke Seite) und zu Nichtwählern (rechte Seite). Die Werte für die nichtislamistischen Wählergruppen liegen auf der vertikalen Null-Linie, die Werte für Wähler islamistischer Parteien werden auf der Horizontalen gezeigt.² Je weiter die Punkte für die islamistischen Parteien von der Null-Linie entfernt

1 Länder- sowie Umfrageeffekte werden kontrolliert, so dass Unterschiede zwischen den einzelnen Umfragen oder beispielsweise ein Land mit besonders vielen islamistischen Wählern nicht die Ergebnisse beeinflussen.

2 Die Punkte zeigen die Schätzwerte, die Linien die Konfidenzintervalle. Mit anderen Worten: Wenn sich die horizontalen Linien mit der Null-Linie überschneiden, lassen sich die Charakteristika der Wähler nicht eindeutig voneinander unterscheiden.

sind, desto größer sind ihre Unterschiede zu den übrigen Wählergruppen.

Abbildung 1: Wahlverhalten und islamistische Wohlfahrtsapparate



Quelle: World Values Survey (Berechnung der Autoren).

In Ländern mit kleineren islamistischen Wohlfahrtsorganisationen weisen islamistische Wähler ein höheres Bildungsniveau auf und sind seltener arbeitslos. Sie stellen in diesen Ländern also keinesfalls gesellschaftliche Außenseiter dar, sondern sind gut integriert. In den Ländern mit weitreichenden islamistischen Netzwerken ist dagegen auffallend, dass sich Islamisten demographisch nicht von Wählern anderer Parteien unterscheiden. Ein markanter Unterschied liegt dagegen in ihrem größeren politischen Interesse. Dieses teilen sie mit islamistischen Wählern in den anderen Ländern, was darauf hinweist, dass Wähler islamistischer Parteien stärker politisch interessiert sind.

Das Ergebnis ist also auch hier eindeutig: Selbst in Ländern, in denen islamistische Parteien eng mit ausgebauten Wohlfahrtsapparaten verwoben sind, wie beispielsweise die Partei Islamic Action Front mit der Islamic Center Charity Society in Jordanien, gehören islamistische Wähler keineswegs zu den ärmeren Teilen der Bevölkerung. In diesen Ländern sind sie von ihrem sozialen Hintergrund den Wählern anderer Parteien sehr ähnlich und im Vergleich zu Nichtwählern eher besser gestellt.

Wertvorstellungen islamistischer Wähler

Wähler islamistischer Parteien gehören also generell eher zu den gut integrierten Mitgliedern ihrer Gesellschaften. Wenn soziale Unterschiede nicht

ausschlaggebend sind, was zeichnet dann Wähler islamistischer Parteien aus? Lange Zeit wurde diese Frage anhand eines Abgleichs islamistischen Gedankengutes und der Praktiken islamistischer Parteien, Bewegungen und Organisationen mit idealisierten westlichen Vorstellungen behandelt, um Rückschlüsse auf die Wähler zu ziehen. So wurde vielfach untersucht, inwieweit sich eine Mäßigung von Islamisten nachweisen lässt, d.h. inwieweit sie liberal-demokratisches Gedankengut in ihre Diskurse und Programme aufnehmen (Schwedler 2006; Schwedler 2011; Wickham 2004). Ebenfalls wurden die Einstellungen zu Frauenfragen oder der Frauenanteil in diesen Parteien – oft im Vergleich zu europäischen Ländern – gemessen.

Die neuere Forschung schlägt bei den Methoden und Erklärungsansätzen einen anderen Weg ein. Parteipositionen und -praktiken sowie Wählereinstellungen werden mittlerweile in den Gesellschaften des Nahen Ostens und Nordafrikas kontextualisiert. Dies ist entscheidend, da diese insgesamt sehr wertkonservativ sind und deshalb der Vergleich jedweder Gruppe mit westlichen Idealvorstellungen „negativ“ ausfallen muss. In den repräsentativen Meinungsumfragen des *World Values Survey* in Ägypten, Marokko, Algerien, Tunesien, Jordanien, Palästina und Jemen sind beispielsweise insgesamt 80 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Männer für politische Führungspositionen besser geeignet sind als Frauen; weiterhin sind nur sechs Prozent der Ansicht, dass eine Scheidung prinzipiell gerechtfertigt ist, bei Homosexualität sind es weniger als ein Prozent.

Eine noch unveröffentlichte Studie von Cavatorta und Wegner (2014) zum Wahlverhalten im Nahen Osten und Nordafrika, die ebenfalls Daten aus Meinungsumfragen verwendet (in diesem Fall den *World Values Survey* und das *Afrobarometer*), vergleicht die Wertvorstellungen der Wähler islamistischer Parteien mit denen durchschnittlicher Wähler und denen säkularistischer Parteien. Dabei zeigt sich zunächst, dass die Wähler islamistischer Parteien insgesamt noch konservativer in Bezug auf Scheidung oder die Emanzipation von Frauen eingestellt sind – nachdem Faktoren wie Bildung, Geschlecht und Alter herausgerechnet wurden. In Verbindung mit den Erkenntnissen über den sozialen Hintergrund islamistischer Wähler lässt sich sagen, dass es sich bei dieser Wählergruppe um relativ gebildete, gut integrierte Mitglieder der Gesellschaft handelt,

die aber eben konservativere Wertvorstellungen als die übrige Gesellschaft haben. Die Autoren der Studie werten dies als einen Ausdruck „programmatischen“ Wählens, d.h., dass die Wähler islamistischer Parteien eben nicht über klientelistische Versprechen mobilisiert werden, sondern über die Programmatik der Parteien, die sich mit ihren Wertvorstellungen deckt.

Eine weitere Studie zu den Einstellungen islamistischer Wähler, die sich auf Daten des *Arab Barometers* stützt, kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen (Robbins 2010). Sie unterstreicht zwei zusätzliche Faktoren: Erstens korreliert die Frustration über Korruption in Ländern wie Palästina, Jordanien, Jemen und Algerien sehr stark mit der Unterstützung islamistischer Parteien. Zweitens bewerten Wähler islamistischer Parteien die Performanz ihrer (nichtislamistischen) Regierungen sehr negativ. Diese Faktoren passen zu dem oben beschriebenen Mittelklasse-Profil islamistischer Wähler. Sie unterstreichen darüber hinaus, dass Wähler auch von Islamisten in der Regierung konkrete Verbesserungen erwarten und daran eine mögliche zukünftige Unterstützung festmachen würden.

Die Zukunft islamistischer Wähler

Die Unterstützung islamistischer Parteien hat insgesamt keinen klientelistischen Charakter. Im Gegenteil, sogar in Ländern, in denen Islamisten mit sozialen Diensten viele Menschen unterstützen, sind Wähler islamistischer Parteien nicht weniger gebildet als Wähler anderer „säkularer“ Parteien. Weiterhin teilen diese Wähler zentrale Punkte der Programmatik islamistischer Parteien wie konservative gesellschaftliche Werte und den Kampf gegen Korruption.

Dieser Wählertyp bleibt – nach der autoritären Kehrtwende in manchen Ländern des „Arabischen Frühlings“ – weiterhin ohne größeren politischen Einfluss. Besonders extrem verlief diese Kehrtwende sicherlich in Ägypten, wo der Militärcoup von 2013 zu Massenverhaftungen, -prozessen und einer großen Zahl von Todesurteilen gegen Muslimbrüder führte. Die Muslimbruderschaft wurde von der neuen ägyptischen Regierung zur terroristischen Vereinigung erklärt und verboten. Aber auch in Marokko ist die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) nur pro forma regierungsverantwortlich. Die Strippen wer-

den hier nach wie vor vom Palast gezogen und es häufen sich vom Palast lancierte Gesetzesvorlagen, die die politische Transparenz reduzieren sollen.³

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den Konsequenzen für die weitere Orientierung islamistischer Wähler. In den diskutierten Umfragen, die zwischen 2011 und 2013 durchgeführt wurden, bildeten sie noch die Wählergruppe, für die Politik *und* Demokratie am wichtigsten war. Das könnte sich ändern, möglicherweise in Richtung einer weiteren Entfremdung von der institutionellen Politik, wodurch die ohnehin schon sehr große Gruppe der Nichtwähler weiter anwachsen würde, oder in Richtung einer Radikalisierung, die die Ränge extremistischer Gruppen füllen könnte.

Literatur

- Cavatorta, Francesco, und Eva Wegner (2014), *Party-Voter Congruence in the Middle East and North Africa*, Vortrag auf der WOCMES-Konferenz, Ankara.
- Clark, Janine A. (2004), *Islam, Charity, and Activism: Middle-Class Networks and Social Welfare in Egypt, Jordan, and Yemen*, Bloomington: Indiana University Press.
- El-Said, Hamed, und James E. Rauch (im Erscheinen), Education, Political Participation, and Islamist Parties: The Case of Jordan's Islamic Action Front, in: *The Middle East Journal*.
- Elsayyad, May, und Shima'a Hanafi (2014), Voting Islamist or Voting Secular? An Empirical Analysis of Voting Outcomes in Egypt's „Arab Spring“, in: *Public Choice*, 160, 1-2, 109-130.
- Fuller, Graham E. (2003), *The Future of Political Islam*, New York: Palgrave Macmillan.
- Gana, Alia, Gilles Van Hamme und Maher Ben Rebah (2012), Géographie Électorale et Disparités Socio-Territoriales: Les Enseignements Des Élections Pour L'assemblée Constituante En Tunisie, in: *L'Espace Politique, Revue En Ligne de Géographie Politique et de Géopolitique*, 18, online: <<http://espacepolitique.revues.org/2486?lang=en>> (28. November 2014).

³ Eine Vorlage für eine Veränderung des Wahlgesetzes untersagt Beobachtern und Parteien beispielsweise das Mitbringen mobiler Geräte in die Wahllokale, sodass diese einzelne Ergebnisse nicht sammeln und weiter verbreiten können – wie es sonst üblich war. Damit behält das Innenministerium die Hoheit über die detaillierten Wahlergebnisse.

- Pellicer, Miquel, und Eva Wegner (2014), Socio-Economic Voter Profile and Motives for Islamist Support in Morocco, in: *Party Politics*, 20, 1, 116-133.
- Robbins, Michael D. (2010), *What Accounts for the Success of Islamist Parties in the Arab World?*, Dubai School of Government Working Paper, 10, 01.
- Schwedler, Jillian (2006), *Faith in Moderation: Islamist Parties in Jordan and Yemen*, Cambridge and New York: Cambridge University Press.
- Schwedler, Jillian (2011), Can Islamists Become Moderates? Rethinking the Inclusion-Moderation Hypothesis, in: *World Politics*, 63, 2, 347-376.
- Toth, James (2003), Islamism in Southern Egypt: A Case Study of a Radical Religious Movement, in: *International Journal of Middle East Studies*, 35, 547-572.
- Wickham, Carry Rosefsky (2004), The Path to Moderation. Strategy and Learning in the Formation of Egypt's Wasat Party, in: *Comparative Politics*, 36, 2, 205-228.

■ Die Autoren

Dr. Miquel Pellicer und Dr. Eva Wegner sind wissenschaftliche Mitarbeiter im GIGA Institut für Nahost-Studien. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem Ursachen des politischen Klientelismus, politische Partizipation in autoritären Regimen sowie soziale Ungleichheit.

E-Mail: <miquel.pellicer@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/de/team/pellicer>

E-Mail: <eva.wegner@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/de/team/wegner>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ finden Forschungen zum politischen Islam im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ statt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Iskander, Elizabeth, und Annette Ranko (2013), *The Fall of the Muslim Brotherhood: Implications for Egypt*, in: *Middle East Policy*, XX, 4, 111-123.

Pellicer, Miquel, und Eva Wegner (2012), *Socio-Economic Voter Profile and Motives for Islamist Support in Morocco*, in: *Party Politics*, 20, 116-133.

Ranko, Annette (2014), *Die Muslimbruderschaft – Porträt einer mächtigen Verbindung*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.

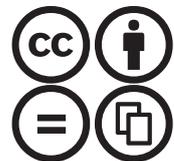
Rosiny, Stephan (2012), *Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Wegner, Eva (2011), *Islamist Opposition in Authoritarian Regimes: The Party of Justice and Development in Morocco*, Syracuse, N.Y.: Syracuse University Press.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM